



„Kriegstüchtigkeit“

Das hat Folgen für die Krankenhäuser und ihre Beschäftigten

Es droht heftiger Sozialabbau und deutlich weniger Geld für kommunale Aufgaben

Die Ursachen: Politisch gesteuerter Geldmangel:

1. Schuldenbremse
erhöht den Spardruck bei allen öffentlichen Aufgaben, verhindert Investitionen, zB für Krankenhäuser, Klimaschutz und notwendige Anpassungen.

2. Hochrüstung
Über die Kampagne zur Kriegstüchtigkeit sollen die Rüstungskosten um 30 Mrd Euro auf 80 Mrd. Euro jährlich steigen (2 % des Bruttoinlandsprodukts). Viele Politiker fordern inzwischen 3 %, also 120 Mrd. Euro jährlich. Das wäre jeweils ein höherer Rüstungsetat wie Atomstaaten, wie Großbritannien, Frankreich oder Rußland 2023 hatten.

3. Vermögensschutz für Reiche
Die Vermögen der Reichen sind in den letzten 10 Jahren explodiert. Das reichste 1/10tel besitzt über 3 Billionen Euro. 2/3tel der direkten und indirekten Steuern zahlen Arbeitnehmer:innen. Die Abschaffung der Vermögenssteuer vor 30 Jahren belastete die Haushalte der Bundesländer, was zur Halbierung der Investitionskosten für Krankenhäuser führte.

Auswirkungen auf die Krankenhausbeschäftigten:

Diesen politisch gesteuerten Geldmangel sollen die Krankenhäuser und ihre Beschäftigte ausbaden. Angeblich steht kein Geld mehr zur Verfügung
- zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- für die Tarifrunde 2025 im öffentlichen Dienst (höhere Löhne weniger Arbeitszeit)



Krankenhausbeschäftigte sollen Teil der Heimatfront werden: Versorgung zahlreicher Kriegsverletzter aus Kriegsgebieten, während die Anzahl der Krankenhäuser und Behandlungsplätze abgebaut werden. (Plan Minister Lauterbach zur „Kriegstüchtigkeit“ des Gesundheitswesens.)

Kriegsvorbereitung kostet uns Sozialabbau und schlechte Arbeitsbedingungen, Krieg würde vielen von uns das Leben kosten und zahlreiche unserer Städte zerstören.

Es ist eine Illusion zu glauben, das wir einen Krieg führen können mit einer funktionierenden Gesundheitsversorgung. Und wir sollen auch noch als Teil dieser Illusion dienen.

Wir sagen Nein zur Beteiligung an dieser Kriegsvorbereitung

Mit diesem NEIN müssen in der nächsten Tarifrunde im Öffentlichen Dienst 2025 deutliche Verbesserungen für die Krankenhausbeschäftigten, gemeinsam mit den anderen kommunalen Beschäftigten, durchgesetzt werden. Wir brauchen Geld für die kommunalen Aufgaben und für die zivilen Aufgaben der Krankenhäuser (Daseinsvorsorge) und für uns Beschäftigte und nicht für eine gefährliche Kriegsvorbereitung.

Gewerkschafter:innen gründen

Arbeitskreis FRIEDEN im ver.di-Bezirk Stuttgart

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert. Menschen werden getötet, Städte und ganze Länder verwüstet.

Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit.

Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär gebunden und verpulvert, obwohl wir sie gerade jetzt für die Bewältigung der großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung benötigen.

Angesichts dieser Entwicklung auch in Deutschland ist es dringend erforderlich, das wir uns als Gewerkschafter:innen deutlich einmischen, weil Krieg, Aufrüstung und die damit einhergehende Militarisierung der Gesellschaft einerseits und der Sozialabbau, Reallohnverlust, der Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten zwei Seiten derselben Medaille sind.

Deshalb haben Kolleg:innen den Arbeitskreis FRIEDEN des ver.di Bezirkes Stuttgart gegründet.

Wofür wir als Gewerkschafter:innen vor allem stehen:

- Frieden ist die Voraussetzung für den Erhalt der menschlichen Lebensgrundlagen auf dieser Erde
- Aufrüstung führt immer zu Sozialabbau - daher : Runter mit der Rüstung!. Wir wollen soziale Sicherheit; mehr Geld für Gesundheit, Wohnen, Bildung, Renten
- "Kriegstüchtigkeit" heißt Militarisierung auch der Köpfe und Abbau der Demokratie - daher setzen wir uns für „Friedensfähigkeit“ ein
- Wir treten ein für Verhandlungen statt Waffenlieferungen! Krieg ist mörderisch und nicht einfach Politik mit anderen Mitteln

Unser Angebot und unser Vorschlag

Wir wollen die Beschäftigten in den Betrieben dabei unterstützen, sich selbst gemeinsam über die Zusammenhänge der gegenwärtigen Kriege und Krisen auseinanderzusetzen. Durch Angebote thematische Bildungsangebote, Veranstaltungen, Friedensaktivitäten z.B am 1.Mai und oder einfach in Gesprächen wollen wir dafür Gelegenheiten schaffen .

Und schließlich wollen wir uns gemeinsam mit anderen Gewerkschaften, Bündnispartnern und aktiven Kriegsgegnern gegen die aktuelle Kriegspolitik organisieren und mithelfen, eine neue wahrnehmbare Antikriegsbewegung zu entwickeln.

Unsere Treffen sind offen für alle, die sich zu den gewerkschaftlichen Grundsätzen bekennen und die gegen Aufrüstung und Krieg sind.

Der ver.di-Arbeitskreis Frieden unterstützt aktuell die Unterschriftensammlung gegen die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland (Berliner Appell).

Hier kann unterschrieben werden:

